

SPECIAL: KLINIKEN, SEITE 73

«Kantone werden ihre Spitäler stützen»

Urs Brogli Das neue Vorstandsmitglied der unabhängigen Klinikgruppe «The Swiss Leading Hospitals» übt scharfe Kritik am Föderalismus im Gesundheitswesen.

INTERVIEW: JUDITH WITTWER

Wenn diesen Silvester die Korken knallen, stossen Sie auch auf die neue Spitalfinanzierung an, die dann in Kraft tritt?

Urs Brogli: Ja und nein. Noch gibt es nicht allzu viel zu feiern. Zu viele Fragen sind offen. Andererseits bin ich froh, dass es nach vielen Diskussionen, Gesprächen, Vermutungen und Warnungen endlich losgeht.

Als Marktverfechter müsste Sie der Systemwandel im Gesundheitswesen doch freuen. Es ist ein Schritt zu mehr Wettbewerb.

Brogli: Das Schweizer Parlament hat in der Tat eine Vorlage verabschiedet, die Richtung mehr Wettbewerb geht. Was die Kantone aber daraus gemacht haben, läuft in die gegenteilige Richtung. Wir haben mit der neuen Spitalfinanzierung im Grunde noch mehr Planwirtschaft als vorher.

Wie kommen Sie denn darauf?

Brogli: Nehmen wir etwa die Spitalisten. Die Bedingungen für eine Aufnahme variieren je nach Kanton und Parteibuch des Gesundheitsdirektors stark. Zürich ist mit dem FDP-Regierungsrat Thomas Heiniger noch relativ liberal. Aber schauen wir uns den Kanton Waadt an. SP-Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard diktiert den Spitalern, die auf die Liste kommen und einen Staatsbeitrag erhalten möchten, bis zu welcher Höhe die Gehälter des Klinikmanagements und der Chefarzte gehen dürfen. Für grössere Spitalinvestitionen soll es eine Bewüligungspflicht geben. Kein Wunder, will da keine Privatklinik mehr auf die Spitalliste. Auch der Kanton Bern irritiert mich. Dort will man etwa die Anzahl Eingriffe pro Spital begrenzen. Eine blödsinnige, wettbewerbsfeindliche Bestimmung.

Mit der Einführung von Fallpauschalen rechnen aber erstmals alle Kliniken im Land nach gleichem Tarifsysteem ab. Das allein führt doch zu mehr Wettbewerb.

Brogli: Mit SwissDRG lassen sich die Leistungen der einzelnen Spitäler sicherlich besser miteinander vergleichen. Das erhöht die Transparenz und den Konkurrenzdruck. Das ist richtig.

Auch mit der freien Spitalwahl werden Wettbewerbsbarrieren abgebaut.

Brogli: Die Kantonsgrenzen bei der Spitalwahl fallen künftig weg. Die Reform ist

jedoch auf halbem Weg stehen geblieben. Den Versicherten werden nur die Kosten zum Tarif ihres Wohnkantons erstattet. Falls sie sich ausserkantonale zu einem höheren Spitaltarif behandeln lassen, müssen sie die Differenz bezahlen oder eine Zusatzversicherung abschliessen, die diese begleicht. Auch davon abgesehen geniessen die Patienten mit der Grundversicherung keine absolute Wahlfreiheit. Sie können nur unter Listenspitälern auswählen.

Noch immer steuern also 26 Kantone das Schweizer Gesundheitswesen?

Brogli: Ja, wobei es die Kantone auch nicht leicht haben, müssen sie doch mehrere Rollen ausüben. Sie sind für die Spitalplanung zuständig, entscheiden etwa bei Tarifstreitigkeiten und sind eben auch Eigentümer von Spitälern. Das führt zu Interessenkonflikten. Die Kantone werden tendenziell immer ihre eigenen, sprich die öffentlichen Spitäler bevorzugen.

Den Kantonen wird es also weiterhin schwer fallen, unrentable Spitäler zu schliessen?

Brogli: Auch mit der neuen Spitalfinanzierung wird die Strukturbereinigung ausbleiben. Die Kantone werden mit allen Tricks versuchen, ihre Spitäler zu stützen.

Der Trend geht aber in Richtung Schliessung. Es gibt immer weniger Spitäler.

Brogli: Noch immer sind es aber zu viele. Schauen wir nur die Spitaldichte auf dem Platz Bern an. Sie ist enorm. Wir kommen nicht um eine Konzentration und Fokussierung der Leistungsangebote herum. Um in Bern zu bleiben: Der Zusammenschluss der Sonnenhof-Kliniken mit dem Lindenhofspital war daher nur logisch.

Was bedeutet die neue Spitalfinanzierung für die privaten Spitäler?

Brogli: Für sie wird das Geschäft härter.

Wieso? Sind sie auf der Spitalliste, werden sie den öffentlichen Spitälern quasi gleich-gestellt und erhalten Staatsbeiträge.

Brogli: Das ist doch nur eine theoretische Gleichstellung. Es stimmt. Sobald ein privates Spital auf der Spitalliste ist, bekommt es einen staatlichen Beitrag. Gleichzeitig muss es aber auch die Bedingungen erfüllen, an die der Kanton eine Aufnahme knüpft. Eine erhebliche Einschränkung. Es gibt aber auch Spitäler, die sich bewusst dem kantonalen Diktat entzogen und den Weg des Vertragsspitals gewählt haben. So können sie sich ganz auf den Markt und das Wohl ihrer Patienten konzentrieren.

Für Sie sind wohl die Kantone an allen Problemen im Gesundheitswesen schuld.

Brogli: Dem ist natürlich nicht so. Krankenkassen, Patienten, Arne, Spitäler, das Parlament - es gibt im Gesundheitswesen so viele Anspruchsgruppen und Interessenvertreter. Das macht es so komplex...

... und grosse Reformen so schwierig.

Brogli: Die Pflasterlipolitik dominiert. Und weil viele Parlamentarier sich im Gesundheitswesen zu wenig auskennen, sind sie leicht beeinflussbar. Es ist fatal.

Vielleicht weiss sich aber auch Ihr Parteikollege und Bundesrat Didier

Burkhalter zu wenig durchzusetzen?

Brogli: Das würde ich so nicht sagen. Burkhalter kann gut zuhören. Er kennt die Probleme im Gesundheitswesen. Er weiss aber auch, was machbar ist und was nicht - und geht, wie wir am Beispiel der «Managed Care»-Vorlage in der Herbstsession gesehen haben, Schritt für Schritt vor.

Mit kleinen Schritten bekommt man das Kostenwachstum aber nicht in den Griff.

Brogli: Viele Gesundheitsausgaben lassen sich aber nicht so einfach eindämmen. Der technologische Fortschritt kostet - aufhalten lässt er sich deswegen noch lange nicht. Das ist ja auch nicht wünschenswert. Und wie steuert man die Anspruchsmentalität der Patienten? Die Grundversicherung ist heute in der Schweiz ein Selbstbedienungsladen. Jeder nimmt sich, was er will. Und der Patient will natürlich nur das Beste.

Er zahlt dafür auch hohe Prämienfelder.

Brogli: Luxus kostet - das ist so. Trotzdem müssen wir uns fragen, ob es sinnvoll ist, wenn öffentliche Spitäler nur noch Zweibettzimmer anbieten und ihre grundversicherten Patienten beim Abendessen aus mehreren Menüs auswählen lassen.

Was schlagen Sie vor?

Brogli: Denkbar wäre etwa ein modularer Aufbau der Grundversicherung. Jeder Patient entscheidet selbst, was für ihn wichtig ist, und wählt diese Leistungen aus dem Grundkatalog aus.

Sorgen bereitet vielen derzeit auch der Datenschutz. Ist die Angst berechtigt, dass die Krankenkassen künftig Patientendaten auf Vorrat sammeln könnten.

Brogli: Als Patient teile ich diese Angst. Ich will nicht, dass meine Versicherung meine ganze Krankengeschichte archiviert, und bin froh, wenn sich die Spitäler dagegen zur Wehr setzen. Nicht einverstanden bin ich aber damit, dass sie die Notbremse so spätgezogen haben.

Wird dann nicht ein gläserner Patient heraufbeschworen, den es gar nicht gibt?

Brogli: Ich weiss nicht, was die Versicherer mit den überlieferten Daten machen. Ich kann mir aber schwer vorstellen, dass sie diese einfach wieder löschen, wenn der Krankheitsfall abgeschlossen ist.

Vergessen Sie nicht, dass die Kassen nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht zur Rechnungs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle haben?

Brogli: Ich bin absolut dafür, dass die Versicherer punktuell Rechnungen überprüfen können. Auf Vorrat Patientendaten zu sammeln, das geht aber nicht.

IM FOKUS

Gesundheitswesen vor dem Umbruch

Ambitioniertes Ziel Die neue Spitalfinanzierung und die Einführung des einheitlichen

Tarifsystems SwissDRG sollen helfen, die Gesundheitskosten zu senken. Das System startet 2012 und geht weg von Strukturhaltung über Kostenrückerstattung zu mehr Qualitäts- und Preiswettbewerb unter den Schweizer Spitalern.

Offene Fragen Noch gibt es aber offene Fragen. So wird etwa über die Datenübermittlung gestritten.

DER MENSCH

Name: Urs Brogli

Funktion: Neu im SLH-Vorstand Alter: 65

Wohnort: Zürich

Familie: Geschieden, eine Tochter

Karriere: Urs Brogli prägte als Leiter Kommunikation während 15 Jahren den öffentlichen Auftritt der Privatklinikgruppe Hirslanden. Über Jahre führte er auch das Ressort Gesundheitspolitik beim Dachverband der Privatkliniken Schweiz (PKS) und die gesundheitspolitische Kommission der Zürcher FDP. Eben wurde er in den Vorstand der unabhängigen Klinikgruppe «The Swiss Leading Hospitals» (SLH) gewählt.

© **Handelszeitung**